

# **Soziale Ungleichheit und soziale Probleme in der Bundesrepublik**

**Besteht denn wirklich Grund, die anempfohlene Zuversicht zu teilen?**

**Böttcher, Wolfgang**

First published in:

Die neue Gesellschaft, 35. Jg., Heft 2, S. 139 - 141, Bonn 1988

Münstersches Informations- und Archivsystem multimedialer Inhalte (MIAMI)

URN: urn:nbn:de:hbz:6-17489499502

Wolfgang Böttcher  
**Soziale Ungleichheit und  
soziale Probleme in der  
Bundesrepublik**  
Besteht denn wirklich  
Grund, die anempfohlene  
Zuversicht zu teilen?  
Literaturbericht

---

*Wolfgang Böttcher, Jahrgang 1953, ist wissenschaftlicher  
Mitarbeiter an der Gesamthochschule Essen.*

---

Ein von Hans-Werner Franz, Wilfried Kruse und Hans-Günter Rolff im Westdeutschen Verlag (Opladen) herausgegebenes Buch mit dem selbstbewußten Untertitel „Berichte zur sozialen Lage der Bundesrepublik“ legt eine Fülle von Daten und Materialien vor, die wenig Anlaß zur fröhlichen Selbstzufriedenheit bieten. Der Titel des 340 Seiten starken Bandes macht schon deutlich, daß hier ein kritisches Bild unseres Landes gezeichnet wird: *Neue Alte Ungleichheiten*.

Das Thema des ersten von insgesamt 18 Aufsätzen zur sozialen Ungleichheit ist Erwerbslosigkeit (*Buhbe*). Die mit der Rezession von 1974/75 einsetzende Massenarbeitslosigkeit hat in den 80er Jahren mit den Phänomenen Dauer- und Mehrfacharbeitslosigkeit eine neue Dimension erlangt. Es ist insofern nicht nur von Interesse, die Ungleichheit zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen zu analysieren, sondern auch die Ungleichheitsmuster innerhalb der Gruppe der Arbeitslosen. Deshalb untersucht der Autor die Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach ausgesuchten Strukturmerkmalen und kommt u. a. zu dem Ergebnis, daß Frauen, Ausländer, Personen ohne Berufsabschluß und Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen nicht nur ein erhöhtes Arbeitslosigkeitsrisiko haben, sondern auch längern arbeitslos bleiben (S. 16). Daß die Problemgruppen einem besonderen Druck ausgesetzt sind, aus der registrierten Arbeitslosigkeit auszuschneiden (S. 16), ist, wenn diese Behauptung denn stimmt, ein ganz besonderer Skandal. Was nun die Einschätzung der politischen Strategien be-

trifft, so meint der Autor, daß mittels einer neokonservativen Wettbewerbsförderung Arbeitslosigkeit nicht nur nicht reduziert werden könne, sondern eine „Verschärfung des sozialen Konfliktes über die gerechte Ausgestaltung der Einkommens- und Lebenschancen“ (S. 21) zu erwarten sei.

Die gleich im ersten Text vorgenommene „Politisierung“ ist durchgängiges Merkmal des gesamten Buches, ja gar so etwas wie sein Motto. Die am Zustandekommen des Buches beteiligten ca. 40 (mit einer Ausnahme Dortmund) Sozialforscher wußten sich – so nachzulesen im Vorwort der Herausgeber – darin einig, „daß die Arbeitsergebnisse einer sozialen Gleichheit und Gerechtigkeit verpflichteten Gesellschaftspolitik zu Hilfe kommen sollten“ (S. 6). Die Aufgabe der politischen Askese führt jedoch nicht zu parteipolitischer Einseitigkeit. Durchaus differenziert wird immer wieder der Versuch unternommen, zwischen alten und neuen Ungleichheiten und neuen und alten Formen von Ungleichheiten zu unterscheiden. Die politische Wende in Bonn ist zwar oftmals (und empirisch begründet) Bezugspunkt von Kritik, gleichzeitig wird jedoch auch eine gewisse Kontinuität einer Ungleichheitsentwicklung konstaterbar oder aber eine beginnende Rücknahme bereits erzielter Gleichheitsgewinne liegt vor der Regierungsübernahme der Konservativen. So ist zum Beispiel die ungleiche Entlohnung weiblicher und männlicher Beschäftigter, die ein Thema eines Artikels über Einkommensungleichheit (*Bellmann*) ist, durchaus eine „alte“ Tatsache. Dennoch gab es in den frühen 70er Jahren einen Abbau der geschlechtsspezifischen Einkommens-Ungleichheit, der sich Ende der 70er Jahre bereits wieder verflüchtigte (S. 28). Besonders interessant ist, daß der Autor auch Effekten ungleicher Einkommensverteilung nachspürt. Ein Beispiel: Hinsichtlich der Nutzung und Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen stellt er für den Bildungsbereich fest, „daß die Zunahme des Realtransfers im Bereich der gymnasialen Bildung mit der Höhe der Haushaltseinkommen deutlich feststellbar ist“ (S. 35).

Eine „alte Ungleichheit“ ist auch Armut, Thema eines Aufsatzes von *Adam, Rohrmann, Vahle*. Ganz bewußt wollen die Autoren *nicht* von „neuer Armut“ sprechen, denn obwohl sich „sowohl der Umfang der Armut wie auch die Lebensbedingungen in der Armut“ verändert haben, gibt es keine neue Qualität von Armut (S. 37). Eine restriktive Sozialpolitik könne allgemeine Tendenzen nur verstärken (S. 53). Die Armutsentwicklung jedoch allein der Politik der neuen Regierung zuzuschreiben und die „neue Armut“ als ihr Resultat behaupten, hieße, frühere „Armut, die es in der Bundesrepublik unabhängig von der jeweiligen Regierungsmehrheit selbst zu Zeiten der Hochkonjunktur ständig gegeben hat“, zu verhamflösen (S. 37).

Wenn auch *Herlinde Maindok* (in Zusammenarbeit mit *Metz-Göckel* und *Müller*) die aktuelle Sozialpolitik und ihre Auswirkungen auf die Lebenslage von Frauen scharf kritisiert, so gilt auch hier die allgemeine Einschätzung: „Die Sozialpolitik der 80er Jahre stellt historisch gesehen nichts Neues dar. Daß eine konservative Regierung in Zeiten der Krise soziale Probleme auf Kosten der sozial Schwachen zu lösen versucht, hat Tradition. Gerade für

Frauen kann dies mit konsequenter Regelmäßigkeit gezeigt werden“ (S. 70).

In seinem Aufsatz „Armut im Alter“ zeichnet *Naegele* eine Entwicklungslinie, die uns schon aus den anderen Aufsätzen bekannt ist. In den 70er Jahren war eine Reduktion der Problemlage zu verzeichnen, die sich zu Beginn der 80er Jahre wieder verschärfte. Im Jahre 1981, so referiert der Autor, verfügten ca. 2,5 Millionen Rentner nur über ein Gesamteinkommen von 800,-/p. M. (S. 71). Die negative Entwicklung, so lernen wir, setzt sich fort, denn die Armutspolitik für ältere Menschen befindet sich in der Krise (S. 80).

Eher immaterielle Aspekte werden im Aufsatz von *Steven* und *Veelken* über „Junge Alte“ thematisiert. Sie befassen sich hier mit einer neuen, gesellschaftlich produzierten Gruppe und stellen u. a. die Diskrepanz zwischen ihrem zahlenmäßigen Wachstum und ihrer gesellschaftlichen Marginalisierung fest (S. 90) sowie den Widerspruch zwischen ihren Bedürfnissen und den ihnen angebotenen Möglichkeiten (S. 91 f.). Die Gesellschaft bietet den jungen Alten nach der Ausgliederung aus dem Arbeitsprozeß keine sinnvollen Partizipationschancen mehr. „Im Grunde ist man weg vom Fenster“, sagt ein Teilnehmer der „Weiterbildung von Senioren“ (S. 95). Die in diesem Aufsatz beschriebenen Probleme gehören ohne Zweifel zum Typus „neue Ungleichheit“.

*Möller* und *Sielert* schreiben über soziale Ungleichheit von Jugendlichen und diskutieren die Jugendarbeitslosigkeit als „offensichtlichstes“ Problem. Darüber hinaus versuchen sie jedoch, ausgehend von der Beschreibung vielfältiger Problemlagen, Reaktions- und Verarbeitungsformen der Jugendlichen nachzuzeichnen. Bezeichnend ist, daß trotz der Zunahme abweichenden Verhaltens eine Reduktion staatlicher Hilfen (hier am Beispiel der Jugendhilfe belegt) eingesetzt hat (S. 121). „Das Problematische in der gegenwärtigen Situation besteht jedoch (. . .) in der aktuellen Umdefinition sozialer Probleme. . .“ Und weiter: „Problemlagen bei Adressaten und soziale Ungleichheiten im Jugendalter werden immer weniger als tatsächliche Mißstände, als Herausforderung für die Politik begriffen“ (S. 121).

Wiewohl das Buch „Neue Alte Ungleichheiten“ aus eigenständigen Einzelbeiträgen zusammengesetzt ist, bekommt es doch durch die Komplexität und Dichte seines Gegenstandes ein einheitliches Profil. Auf Versuche sozialwissenschaftlicher Erklärung sozialer Ungleichheit und mit ihr verknüpfter sozialer Probleme wird dabei bewußt verzichtet. Dennoch ist das Buch mehr als eine Bestandsaufnahme, seine politische Dimension bleibt immer präsent. Ganz besonders deutlich wird das im Aufsatz von *Keil*, der am Beispiel aktueller Familienpolitik verdeutlicht, „wie politische Maßnahmen, die der Möglichkeit nach zum Abbau derartiger Ungleichheiten beitragen könnten, nicht oder nicht ausreichend dafür genutzt werden oder im Ergebnis sogar mehr Ungleichheit bewirken“ (S. 123).

Aus einer langen Liste von Rechtsänderungen zitiert der Autor paradigmatische Beispiele von Kürzungen und

Streichungen, die verdeutlichen, daß die von der Regierung mit Stolz geplante Steuerentlastungsaktion „keineswegs als großzügiger Verzicht auf Einnahmen, die eigentlich dem Staat zustehen, angesehen werden (kann), sondern vielmehr als überfällige Korrektur einer jahrelangen Fehlentwicklung“ (S. 132). Die von Arbeitslosigkeit betroffenen Familien sowie Sozialhilfeempfänger haben von diesen Maßnahmen ohnehin nichts. Es wird aber durch die Steueraktion nicht nur die Kluft zwischen Erwerbslosen und Erwerbstätigen vertieft, denn: „Da alle Steuererleichterungen als Abzüge von der Bemessungsgrundlage ausgestaltet werden und nicht als Abzüge von der Steuerschuld, wirken sie sich um so stärker aus, je mehr einer verdient“ (S. 132).

„Die Lebensbedingungen Behinderter haben sich im Gefolge der wirtschaftlichen Krisenentwicklung der vergangenen Jahre zunehmend verschlechtert“, behaupten *Adam, Rohrmann, Vahle* und *Wolbert* in ihrem Beitrag (S. 135). Besonders erhellend ist an diesem Aufsatz die relativ ausführliche Untersuchung des gesellschaftlichen Verständnisses von Behinderung: „Jeder Behindertengriff und jede damit verbundene Zuweisung des Sonderstatus ‚behindert‘ ist mit allen Folgen als Widerspiegelung der jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse zu sehen“ (ebd.).

Mit Aufsätzen über „Ungleiche Verteilung gesundheitlicher Risiken und Chancen“ (*Braun, Reiners*), über „Wohnungsbaupolitik“ (v. *Lüde*), über „Freizeitprobleme durch unterschiedliche Zeitbudgets“ (*Klehm/Neumann/Winkler*), über „soziale Ungleichheit von Ausländern“ (*Kühne/Schäfer*) und über „Kultur und Ungleichheit“ (*Koch/Kreisel/Lindloff/Pfaff/Schnoor*) wird das Buch durchaus der Tiefe und Vielfalt des Oberthemas gerecht.

Dem Leser könnte auffallen – ich jedenfalls mußte das für mich bemerken –, daß man allzuleicht dahin tendiert, Ungleichheit auf die offensichtlichen Dimensionen wie Einkommen und Arbeitssituation zu reduzieren. Und gleichzeitig könnte einem deutlich werden, wie wenig solche Themen in den 70er Jahren überhaupt diskutiert wurden. Was auch immer der Grund für dieses Defizit der Thematisierung sozialer Ungleichheit war, heute – und das zeigt das Buch-Projekt „Neue Alte Ungleichheiten“ überdeutlich – muß dieses Thema wieder zentrales Thema der Sozialwissenschaften werden; auch Thema einer sozialwissenschaftlich orientierten Bildungsforschung, wie der Beitrag von *Klemm* und *Rolff* zur Ungleichheit der Bildungschancen überzeugend nachweist. Herkunftsbedingte Ungleichheit ist nämlich besonders in „Bezirken“ der höheren Bildung „sozialer Tatbestand“. Zudem besteht die Gefahr, daß die politische Debatte um „Begabtenförderung“ alte Erkenntnisse verdrängt. Eine solche alte Erkenntnis, hinter die wir nicht zurückschreiten dürfen, ist z. B. das „Axiom“ der wissenschaftlichen Fundierung der Bildungsreform, wonach nämlich Begabung nicht Bedingung, sondern Resultat von Lernen ist. Zum Stichwort Bildungsreform wissen *Klemm* und *Rolff* eine spannende These zu entwickeln. Sie behaupten nämlich, ganz der weit verbreiteten Meinung widersprechend, wonach die Bildungsreform Modell-

beispiel für „gescheiterte Reform“ sei, daß sie „zu den erfolgreichsten Reformmaßnahmen der letzten Jahrzehnte gehört, wenn nicht als gar erfolgreichste Reformmaßnahme überhaupt anzusehen ist“ (S. 261).

Dabei sind die Autoren sich darüber im klaren, daß „für die Nicht-Privilegierten noch genug zu tun“ ist (ebd.), wiewohl dennoch ein beträchtlicher Gleichheitsgewinn belegt wird. Sieht man den Beitrag von *Klemm* und *Rolff* im Zusammenhang der anderen Beiträge, dann wird man feststellen müssen, daß die „gewagte“ These vom relativen Erfolg der Bildungsreform nicht nur „spannend“, sondern auch plausibel ist.

„Wirklich neue Probleme gibt es nur wenige. Doch die haben es in sich“, behaupten die Herausgeber *Franz, Kruse* und *Rolff* in ihrer Einleitung (S. 5). Zum Themenbereich „Neue Ungleichheiten“ gehören die folgenden Aufsätze, die ich zum Abschluß kurz vorstellen möchte.

*Zimmermann* schreibt über „Kindheit und neue Medien“. Zwar ist die empirische Basis noch relativ dünn, dennoch können über allgemeine Aussagen (etwa, daß die Wortkultur durch Bildkultur ersetzt werde) hinausgehend solche Fragen wenigstens vorläufig beantwortet werden, die sich auf Ungleichheit beziehen. Es gibt nach *Zimmermann* keinen Grund für die Hoffnung der Optimisten, die durch neue Medien eine Verringerung von sozialen und geschlechtsspezifischen Distanzen erhoffen: „Alle bisher vorhandenen Beobachtungen und empirischen Befunde deuten dahin, daß geschlechtsspezifische Ungleichheiten wie die sozialen von Neuen Medien kräftig genährt werden“ (S. 295).

Mit neuen Technologien und Neuen Medien befassen sich unter je unterschiedlicher Fragestellung die Aufsätze von *Minssen*, der „ungleiche Verteilung von Chancen und Risiken im Verlaufe industrieller Rationalisierungsprozesse“ untersucht sowie von *Faulenbach/Kremer/Mühlhaus/Pfundtner*, die fragen, ob Weiterbildung einen Beitrag zur „Aufhebung“ sozialer Benachteiligung sein kann.

Was läßt sich als Fazit festhalten? Zunächst einmal, daß es im Hinblick auf das demokratische Ziel sozialer Gleichheit tatsächlich keinen Grund gibt, die soziale Lage in der Bundesrepublik mit Zufriedenheit zu beurteilen und daß „neue Umverteilung“ nicht (nur) politisches Schlagwort ist, sondern realitätsgerecht die Scherentwicklung zwischen Privilegierten und Nicht-Privilegierten beschreibt. Und festzuhalten ist auch, daß Sozial- und Bildungsforscher sich (wieder) trauen, politische Position zu beziehen für gesellschaftlich Benachteiligte und Ausgegliederte. Wer von dem Ist-Zustand profitiert und entsprechend kritische Stellungnahmen als deplaciert empfindet, wird die Teilnahme der Autoren und Herausgeber von „Neue Alte Ungleichheiten“ für radikal halten. Dabei wollen sie doch nichts anderes, als auf die Einlösung des Sozialstaatsprinzips drängen, das sich darauf verpflichtet, den Abbau sozialer Ungleichheiten voranzutreiben und den sozial und ökonomisch Schwachen Hilfe zu gewähren.